Die Vorgänge in der Ukraine.

Ueber die Vorgänge bei Bildung der ukrainischen Regierung durch die Bolschewiki in Charkow wird folgendes berichtet: Als einer der Vorsitzenden der neugebildeten bolschewistischen Regierung in der Sitzung des Charkower ukrainischen Rates erschien und erklärte, daß die neue Bolschewiki-Regierung soeben die ganze Regierungsmacht in der Ukraine übernommen habe, wurde er unter dem Gelächter der Anwesenden ohne weiteres aus dem Sitzungssaal entfernt. Da in Charkow selbst die erforderliche Zahl von Ministern für die neue Regierung nicht gefunden werden konnte, was wohl der beste Beweis ist, wie wenig Boden die Bolschewiki in Charkow haben, begaben sich zwei Bolschewiki nach Petersburg, um dort die neue Charkower Regierung zu bilden. Vorläufig dient also Petersburg als Sitz der neuen bolschewistisch-ukrainischen Regierung.

Die blutigen Vorgänge in Finnland.

Inzwischen dauern die Kämpfe zwischen der russischen Roten Garde und der finnischen weißen Garde an. Die finnische Weiße Garde, die von der Roten Garde aus der Gegend von Wyborg nach Norden gedrängt worden war, hat sich dort wieder gesammelt und nach Eintreffen bedeutender Verstärkungen die Offensive ergriffen. Sie bedroht Wyborg ernstlich, dessen Garnison Maßnahmen zur Verteidigung der Festung getroffen hat. Die Eisenbahnverbindungen sind abermals unterbrochen. Die Hauptstreitkräfte der Weißen Garde sind nördlich der Linie Abo—Tammerfors aufmarschiert. Dort wird eine große Schlacht erwartet. Ein Telegramm des „Dagens Nyheter" meldet, daß sich die roten Gardisten in Finnland nach ihrer Niederlage in Uleaborg nach Kemi zurückziehen. Dort führen sie ein vollständiges Schreckensregiment. Die roten Gardisten plündern die Läden und verüben zahlreiche Grausamkeiten. Ein weiteres Telegramm der Petersburger Telegr.-Agentur meldet, daß Tammerfors am 4. Februar eingeschlossen wurde. Am 5. Februar morgens begann ein blutiger Kampf, der mit dem vollständigen Sieg der Roten Garde endete. Die von Mannerheim befehligte Weiße Garde wurde nach Norden zurückgeworfen. Sie zieht sich gegen die Westküste des Botnischen Meerbusens zurück und wird von der Roten Garde verfolgt. Tammerfors wird von 10000 Mann Weißer Garde verteidigt. Der Verlust auf beiden Seiten ist beträchtlich.

Russische Bluttaten in Helsingfors.

Aus Stockholm wird telegraphiert: Der Bürgerkrieg in Finnland dauert fort und mit ihm der Terrorismus der Sozialisten. Mehr als 20 hervorragende Persönlichkeiten in Helsingfors sind in fürchterlicher Weise hingerichtet worden. Täglich werden Güter und Bauernhäuser geplündert und niedergebrannt. Unbewaffnete und unschuldige Personen, besonders im südwestlichen Teil, sind getötet worden. Das weiße Schutzkorps ist jedoch voller Hoffnung, obgleich fürchterliche Ereignisse leider nicht verhindert werden können. Ein großer Vorteil für die Weiße Garde ist die Einnahme von Kemi und Tornea.

Der Streit um das Newski-Kloster.

Aus Petersburg wird vom 3. d. M. gemeldet, daß Tausende von Frauen in einer großen Prozession gegen die Beschlagnahme des Alexander-Newski-Klosters in Petersburg protestierten. Auf dem Wege vom Newski-Prospekt zur Kasan-Kathedrale hielten der Bischof von Petersburg und andere Geistliche Gottesdienste unter freiem Himmel. Das Komitee zur Verteidigung von Petersburg ließ bekanntmachen, daß Prozessionen verboten seien, da sie Anstoß erregten. Der Bischof und die übrigen Geistlichen wurden für die Handhabung der Ordnung verantwortlich gemacht.

Hungerrevolten in Petersburg.

Die Londoner „Times" erfahren aus Petersburg vom 1. d. M., daß in einigen Hauptstraßen Hungerunruhen stattfanden, deren Ursache war, daß das Gerücht verbreitet worden war, daß die Brotration von ¼ Pfund auf ein Pfund erhöht worden wäre. Große Menschenmengen versammelten sich vor den Bäckerläden und den Gemeindeverteilungsmagazinen. Sie waren sehr enttäuscht, als sich das Gerücht als verfrüht herausstellte. Die Rote Garde feuerte auf die Aufrührer. „Daily Mail" meldet aus Petersburg vom 2. Februar: Die verfügbaren Lebensmittel reichen noch für 8 Tage, bei einer Ration von ¼ Pfund täglich noch einige Tage länger. Donnerstag und Freitag wurden die Vorräte geplündert. Soldaten und Seeleute nahmen an der Plünderung teil. Die Regierungsvertreter konnten die hungernde Menge nicht beschwichtigen. Kartoffeln werden für 1 Rubel 40 Kopeken das Pfund verkauft. Ein Soldat, der ein Pfund Brot für 5 Rubel verkaufte, wurde ertränkt. Das Pfund Butter wird zu 14 Rubel verkauft. Fleisch ist seit Beginn des Tauwetters billig. Das meiste Brot ist mit Stroh vermengt und selbst in Krankenhäusern gibt es weißes Brot nicht mehr. Haussuchungen nach Lebensmitteln haben wenig Ergebnis gehabt.

Eine sibirische Duma in Tomsk.

In Tomsk wurde die sibirische Duma eröffnet, die bis zur Berufung der sibirischen gesetzgebenden Versammlung die vollziehende Gewalt in ganz Sibirien ausüben wird.

Die Luftangriffe auf Paris.

Eine deutsche Warnung an Frankreich.

Aus Berlin wird gemeldet: Deutsche Bombengeschwader haben in der Nacht vom 30. Januar zum 31. Januar zum ersten Mal planmäßig und kraftvoll die Stadt Paris angegriffen. Der Angriff war erfolgreich, Verluste und Schäden nach den amtlichen französischen Berichten stark. Die Strafe, die die Stadt Paris damit erduldet hat, war hart, aber gerecht. Schon vor einem Vierteljahr hatten wir Frankreich durch einen Funkspruch gewarnt, die Bombenangriffe gegen offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes fortzusetzen. Wir hatten gedroht, daß, falls diese Luftangriffe nicht aufhörten, Paris die Strafe zu tragen haben würde. Frankreichs Regierung hat nicht gehört. Am heiligen Weihnachtsabend überfielen feindliche Flieger die offene Stadt Mannheim. Sie griffen im Laufe des Januar Trier, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Freiburg in zweckloser Weise mit Bomben an. Die Stunde der Strafe war gekommen. Frankreich ist abermals gewarnt, nicht mehr durch Worte, sondern durch die Tat, und sollte auch diese warnende Strafe unbeachtet bleiben, sollten wiederum friedliche deutsche Heimstätten durch feindliche Fliegerbomben zu leiden haben, so wird die Stadt Paris erneut die vergeltende Strafe zu erdulden haben, in einem Umfang und in einer Stärke, wie sie rückfälligen Verbrechern gegenüber am Platze ist.

Amerikas Erdrosselung der Neutralen.

Mannhafte Sprache der Nordländer.

Das Kopenhagener Blatt „Finanstidende" schreibt: Das Verhältnis der neutralen Länder zu Amerika ist in der verflossenen Woche durch das amerikanische Ultimatum an Norwegen ins rechte Licht gesetzt worden. Amerika hat, ohne die Erklärung der norwegischen Regierung abzuwarten, seine Bedingungen für ein Handelsabkommen veröffentlicht, die als vollkommen unannehmbar angesehen werden müssen für ein Land, das seine neutrale Handelspolitik aufrechterhalten will. Es war auch gemeldet worden, daß zwischen Amerika und Schweden in der Tonnagefrage in London ein Abkommen unterzeichnet worden sei. Diese Meldung ist aber später dementiert worden. Welche Schritte Amerika unternehmen wird, wenn die neutralen Länder sich weigern, dessen Bedingungen anzunehmen, wird die Zeit zeigen. Der Tonnagemangel muß wirklich sehr groß sein, wenn es sich als notwendig erweist, den wehrlosen neutralen Ländern so schwere Bedingungen zu stellen. Sollte es den skandinavischen Ländern nicht gelingen, zu einer Verständigung mit Amerika zu gelangen, so werden sie eine schwere Zeit bis zum Kriegsschluß aushalten, und durch gegenseitige Hilfe sich über den Krieg hinwegbringen müssen. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man diese Aufgabe als hoffnungslos angesehen. Aber bei der Klarheit, die man jetzt hinsichtlich der Lage gewonnen hat, ist es das keineswegs mehr. Außer den Zufuhren, die Deutschland zu leisten vermag, besteht auch die Aussicht auf Hilfe aus Rußland. Aber in erster Reihe gilt nun, daß Dänemark, Schweden und Norwegen in einer wirksamen Neutralitätspolitik einig zusammenstehen.

Holland und Amerika.

Die angesehene holländische Wochenschrift „Haagsche Post", der man deutschfreundliche Neigungen nicht zuschreiben kann, wendet sich gegen die amerikanische Regierung, die durch ihre Haltung gegenüber Holland es erforderlich machte, daß 80000 Tonnen holländischen Schiffsraumes, nahezu ein Drittel der ganzen holländischen Handelstonnage, tatenlos monatelang in amerikanischen Häfen bleiben mußte. Das jetzige Abkommen befriedigt das Blatt keineswegs, da nur ganze zwei Schiffe Lebensmittel nach Holland bringen dürften, und es noch nicht einmal feststehe, ob diese Schiffe das dringend erforderliche Getreide mitführen werden. Des weiteren bemängelt das Blatt, daß das Land der Freiheit das holländische Schiff „Nieuwe Amsterdam" mit holländischen Fahrgästen eine Woche lang im Hafen zu verbleiben zwang, während 70 holländischen Reisenden aus den willkürlichsten Gründen oder ganz ohne Gründe die Reiseerlaubnis sogar nach den holländischen Kolonien verweigert wurde.

Deutschlands Stellung.

Das „Algemeen Handelsblad" veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Freiherrn von dem Bussche, über die Stellungnahme Deutschlands zu den holländisch-amerikanischen Verhandlungen. Freiherr v. d. Bussche erklärte, u. a.: Von deutscher Seite ist stets das ehrliche Bemühen der Niederländer, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten, rückhaltslos anerkannt worden. Der Kaiserlichen Regierung ist die schwierige Lage, in der sich Holland zwischen den beiden kriegführenden Mächten England und Deutschland befindet, gut bekannt. Um so höher wird von ihr die Haltung der Niederländischen Regierung auf dem Gebiete der Neutralität geschätzt. Daß allerdings in der öffentlichen Meinung Deutschlands bisweilen eine hiervon verschiedene Ansicht zum Ausdruck kommt, liegt daran, daß von Holland aus nur allzu häufig der Eindruck erweckt wird, daß die holländische Neutralität eine stark ententefreundliche Färbung trüge.

Englisch-schwedische Verständigung.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß als Ergebnis des Besuches schwedischer Handelsabgeordneter in London ein für beide Teile befriedigendes vorläufiges Abkommen getroffen sei. Es sei gute Aussicht auf eine endgültige Verständigung, bei der man die Verhandlungen vervollständigen würde.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

Der konfessionelle Friede.

Dresden, 6. Februar.

Die Erste Kammer beriet heute verschiedene Etats. Nachdem Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Reil über den Etat des Ministeriums für Kultus und Unterricht, der geistlichen Behörden usw. berichtet hatte, erhob sich

Bischof Dr. Ludemann

zu folgenden Ausführungen:

Es ist in diesen Tagen viel die Rede von Neuorientierung. Sie ist eine Entwicklung im staatlichen Leben, die entweder rückbildend oder fortbildend sein muß. Es waren bisher ideale Kräfte in unserem Volke vielfach gebunden, nicht ohne eigene Schuld. Solche Kräfte besitzt unsere Kirche. Unsere Kirche in Deutschland ist in Konfessionen gespalten, die im Laufe der Geschichte nicht selten hart aneinandergeraten sind. Mein Wunsch ist es, daß die Kampfaxt, die die Konfessionen bisher gegenseitig geschwungen haben, begraben werde, daß sie sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern Schulter an Schulter die gemeinsamen Aufgaben zu lösen suchen. Es handelt sich um Aufgaben sozialer, kultureller und charitativer Art.

Oberhofprediger D. Dibelius:

Man stellt der Kirche in der Gegenwart immer mehr und größere Aufgaben. Unsere evangelische Kirche ist gern bereit, alle ihre Kräfte zur Lösung dieser Aufgaben anzuspannen. Ja, sie ist schon voll an der Arbeit. Für die freundlichen und wohltuenden Worte des Herrn Bischofs danke ich im Namen unserer evangelischen Kirche herzlichst und versichere, daß das Hand-in-Handgehen zum Wohle unseres Volkes bei unserer Kirche das freundlichste Echo findet. (Beifall.)

Kultusminister Dr. Beck:

Der Weckruf des Herrn Bischofs zur Stärkung und Wahrung der konfessionellen Duldsamkeit in unserem Lande wird in der ganzen evangelischen Bevölkerung den lebhaftesten Widerhall finden, ebenso wie bei der Regierung. Wenn der Herr Bischof betont hat, daß die sittlich-religiösen Kräfte in unserem Volke mehr und mehr gestärkt werden müssen, um sie gegen alle Versuchungen zu festigen, so hat er damit einen Gedanken ausgesprochen, der die Regierung schon während des ganzen Krieges mit Sympathie erfüllt hat. Diese sittlichen Kräfte sind es ja gewesen, die unser Volk befähigten, solche Heldentaten zu vollbringen. Es ist ein erhebendes Zeugnis für die verständnisvolle Auffassung der Gegenwart im Weltkriege, wie die Geistlichen beider Konfessionen an der Front und in der Heimat gemeinsam gewetteifert haben, den Kranken und Sterbenden mit dem Troste der Kirche beizustehen und dafür zu sorgen, daß auch die Wunden in der Heimat wieder geheilt werden. Die Regierung wird es als ihre höchste Aufgabe ansehen, an ihrem Teile beizutragen, daß das Gefühl der Duldsamkeit unter den Angehörigen beider Bekenntnisse gemehrt wird, unter voller Wahrung der Selbständigkeit beider und so der konfessionelle Friede als eines der höchsten Güter in unserem Lande wohnt. (Beifall.)

Oberbürgermeister Reil-Zwickau:

Die Deputation hat zu diesen hochbedeutsamen Kundgebungen der beiden höchsten Kirchenvertreter unseres Landes keine Stellung nehmen können, aber ich glaube im Sinne der Deputation sagen zu können: Die Angehörigen beider Konfessionen haben in Not und Tod im Kampfe beisammen gestanden. Wenn sich daraus ein gemeinschaftlicher Kampf beider entwickelt gegen soziale Nöte und Unglück und wenn sich daraus unter Wahrung der Selbständigkeit der Konfessionen ein Friede, nicht ein Burgfriede, der wieder aufhört, sondern ein dauernder Friede entwickelt, so kann uns das nur recht sein, und wir werden uns alle darüber freuen, wenn die gehörten bedeutsamen Erklärungen innerhalb der Konfessionen auf guten Boden fallen. (Beifall.)

Die Etats wurden dann angenommen.

Zweite Kammer.

Sachsens wirtschaftliche Lage.

Bei der Beratung des Bergbauetats in der zweiten Kammer erwiderte auf einige Anregungen

Finanzminister von Seydewitz:

Wenn Sachsen nicht die Ueberschüsse früherer Jahre hätte aufweisen können, würden wir nicht die jetzige großzügige Elektrizitäts- und Kohlenpolitik durchführen können, die sicher zum Segen des Landes auslaufen werde. Auch sei es immer möglich gewesen, unsere Eisenbahnen aus den Ueberschüssen auszubauen. Die Richtigkeit der bisherigen Finanzpolitik habe sich bei Ausbruch des Krieges erwiesen. Finanzminister Dr. Rüger habe stets nur das Wohl des Staates bei allen seinen Maßnahmen im Auge gehabt und dem Lande die Bahn freigemacht zu einer großzügigen Befriedigung aller Lebensbedürfnisse seiner Bevölkerung. Das Wirtschaftsleben Sachsens könne sich dank dieser Finanzpolitik mit dem jedes anderen Staates messen. Das beweise schon die Dichtigkeit unseres Eisenbahnnetzes. Sparsamkeit sei heute dringender geboten als sonst, da große Werte, die der Krieg vernichtet habe, wieder ersetzt werden müßten. Große Kanalprojekte seien bereits in Vorarbeit, und im Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nach Friedensschluß dürfe Sachsen anderen Ländern gegenüber nicht zurückstehen. Der Ausbau der direkten Steuern müsse unbedingt den Einzelstaaten überlassen bleiben. Ein Verzicht auf Kriegsentschädigung wirke, weil er von unseren Feinden als Schwäche ausgelegt werde, nur kriegverlängernd. Ein solcher Verzicht wäre ein Unglück für das Land. Hoffentlich werde unser Wirtschaftsleben bald durch einen günstigen Friedensschluß neubelebt werden. (Beifall.)

Kleine politische Meldungen.

Das Los der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien. Dem Reichstage ist wieder eine Reihe von kleinen Anfragen zugegangen. Eine Anfrage beschäftigt sich mit dem Los der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien, sie lautet: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach Zeitungsnachrichten aus Rumänien in dem Gefangenenlager von Sipote von etwa 4000 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen infolge schlechter Unterkunft und barbarischer Mißhandlung nur etwa 800 am Leben sind?

Das Rote Kreuz gegen die giftigen Gase. Das internationale Komitee vom Roten Kreuz beschloß an sämtliche kriegführenden Staaten einen energischen Aufruf gegen die Verwendung von giftigen Gasen zu richten. Der Aufruf wird unverzüglich veröffentlicht werden.

Eine polnische Anleihe in Berlin? Herr von Stabkowski, der Finanzminister im neugebildeten polnischen Kabinett, weilt in Berlin, um mit den Zentralstellen und Vertretern der Bankwelt Besprechungen zu führen.

Oelquellen in Baden. Die badische Regierung legte dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Erschließung und Ausbeutung von Erdölquellen in Baden vor, die zunächst dem Staate vorbehalten sein sollen. Bezweckt wird, Deutschland nach Möglichkeit von fremden Hilfsquellen unabhängig zu machen.

Holländische Arbeiter in Deutschland. Infolge der durch Kohlenmangel verursachten Stillegung zahlreicher industrieller Betriebe